



# Putins Tat

bergsicht



KAPITEL 1

## Krim – was bleibt?

Was wird in zehn, zwanzig Jahren in unserem Gedächtnis haften geblieben sein von der Ukraine-Krise des Jahres 2014? Immerhin wurde die kalte Annexion der Halbinsel Krim durch Russland je nach Grad der Aufgeregtheit als Markstein in der Weltgeschichte, als Gezeitenwechsel in der Globalisierung oder als Rückfall in die Zeit des Nationalismus bezeichnet. Wenn etwas davon zutrifft – auch wir vertreten dezidiert die Meinung, es handle sich um ein sehr wesentliches Geschehnis – dann wird es Bilder brauchen, welche das Wesentliche des Ereignisses zusammenzufassen und wiederzugeben in der Lage sind.

Werden es die Pressefotografien der Unruhen auf dem Maidan sein? Die brennenden Autos, die erregten Demonstranten, die steinewerfenden Strassenkämpfer, die beinahe mittelalterlichen Rüstungen der Polizisten? Wohl kaum. Diese Art Bilder kennen wir von anderswo her auch, sie sind austauschbar. Ob in Kairo, in Caracas oder in Istanbul: Heutige Umstürze verlaufen nach einem sehr ähnlichen Muster. Dank Twitter und Facebook lässt sich der Mob innert Minuten mobilisieren und umlenken; die Staatsgewalt ist qua Geschwindigkeit und Wucht der Abläufe, aber auch wegen der Instant-Berichterstattung in alle Welt hin-

aus ziemlich hilflos und unterlegen – was hilft, ist einzig brutales Zupacken nach militärischer Rezeptur. Aber das Vorgehen gegen eigene Landsleute ist und bleibt selbst für skrupellose Machthaber ein heikles Unterfangen. Für halboffene Staaten – wir sprechen hier nicht von Nordkorea oder vom Iran – ist die Strasse infolge moderner Mobilkommunikation zu einer grösseren Bedrohung geworden als noch vor zwanzig oder dreissig Jahren. Das wären für jene, denen Plutokratien und Diktaturen ein Greuel sind, gute Nachrichten und wäre insofern auch ein festzuhaltendes Bild. Wenn nicht parallel nüchtern zur Kenntnis genommen werden müsste, dass das, was von der Strasse her den bisherigen Regimes nachfolgt, keineswegs besser sein muss als das Gehabte. Ägypten lehrt uns das derzeit in aller Deutlichkeit. Auch und gerade in der Ukraine wird sich noch weisen müssen, wie es um das Demokratieverständnis der Umstürzler wirklich steht.

Zweiter Vorschlag für ein prägendes Bild: die grünuniformierten Soldaten ohne hoheitliche Kennzeichen vor einem tarnfarbenen Panzer «unbekannter» Herkunft auf der Krim. Eisern schweigend, um keinen Preis den Auftraggeber und dessen Absichten ver ratend, wie von einem anderen Planeten sozusagen. Ja, das wäre insofern durchaus festzuhalten. Denn es markiert eine Wende im Umgang des Militärs mit der Öffentlichkeit. Allen voran die Amerikaner (mit tentakelndem Einfluss über die Nato bis hinein in die Schweizer Armee) waren bei sämtlichen Operationen der letzten 25 Jahre bemüht, die Medien einzubinden. Sie orientieren laufend mittels Pressekonferenzen der Befehlshaber über die Fortschritte, ja, Journalisten («embedded») werden sogar ins Feld und an die Front mitgenommen. Teil der militärischen Planung nach westlicher Doktrin ist die Behandlung beziehungsweise Beeinflussung der Öffentlichkeit zu eigenen Zwecken.

Und nun das: einfach nichts! Schweigen, eisernes Schweigen. Und schlimmer noch: Es funktionierte.

Dennoch ist für uns ein anderes Bild noch belangericher. Ein *Gruppenfoto*. Nämlich jenes vom Treffen der G7 in Den Haag vom 24. März 2014. Ein Gruppenfoto, so wie es sie zu Tausenden schon gegeben hat, als Abbild eines historischen Wendepunkts? Ja, denn das Konterfei hat etwas unglaublich *Anachronistisches* und *Inkonsistentes*. Etwa so, wie es ein Ölgemälde eines Treffens des Zaren Nikolaus von Russland, des Kaisers Wilhelm von Deutschland, des Kaisers Franz-Josef von Österreich und des Königs George V. von England im Jahr 1917 in, sagen wir, Montreux, gewesen wäre. Tatsächliche, vor allem aber auch gewesene Grössen, an einem Stelldichein von fraglicher Bedeutung.

Was ist auf besagtem Gruppenbild von einem Essen am Rande des Gipfels zur atomaren Sicherheit zu sehen? Zunächst, im Hintergrund vor einer Fensterfront, die Fahnen (v.l. n. r.) der USA, Kanadas, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans, des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Union. Auf dem runden Tisch, um ein kleines Tulpengesteck (wir sind ja in Holland) plaziert, dieselben Flaggen im Kleinformat, vermutlich, damit die Anwesenden wissen, wo sie sitzen müssen. Sie tun dies, die gemäss «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) «Führer der wichtigsten Industrienationen», wie folgt: Obama, wie könnte es anders sein, hinten in der Mitte, hört freundlich lächelnd dem offenbar etwas Lustiges dozierenden, den Zeigefinger (immerhin besser als den Mittelfinger ...) der rechten Hand erhebenden Hollande zu. Zwischen dem Amerikaner und dem Franzosen der Engländer Cameron, den diese Konversation nicht sonderlich zu interessieren scheint. Rechts von Obama eine vor sich hin lächelnde Angela Merkel, etwa so, als wäre sie an einem Kindergeburtstag. Neben ihr der Japaner Abe, der auch lächelt, aber vermutlich nicht weiss, weshalb. Rechts von ihm scheint der neue Ministerpräsident Italiens, Matteo Renzi, gerade zu einer Opernarie anzusetzen. Renzi Pavarotti. Gegenüber von ihm, das heisst ganz links am Tisch, Kanadas Premier Stephen Harper, der auf dem Bild einen sehr seriösen Eindruck macht. Schliesslich, im Vordergrund, die zwei Vertreter aus der Europäischen Union, José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy. Ihr einziges Interesse ist den Fotografen gewidmet; aus ihren Gesichtszügen ist Stolz ablesbar, bei dieser gewichtigen Tafelrunde dabei sein zu dürfen.

Gewichtig? Nun ja, immerhin wird sie (informell) präsiert durch den Vertreter der einzigen wirklichen Weltmacht, Barack Obama. Sodann macht sie sich gewichtig durch ihren Anspruch, das Völkerrecht zu repräsentieren und deshalb Russland von der Runde auszuschliessen. In einer «G7 The Hague Declaration», herausgegeben vom Präsidenten der Europäischen Union, begründet die Tafelrunde diesen Beschluss und gibt auch die Bedingungen für eine allfällige Rückkehr Putins an den runden Tisch bekannt.

Es ist schwierig, darüber keine Satire zu schreiben. Denn wie man es dreht und wendet: Man hat es hier mit einem seltsamen Club zu tun. «Wichtigste Industrienationen»? Frankreich hat den Anteil der

Industrieproduktion am BIP über die letzten 15 Jahre gerade einmal halbiert. Italien ist dabei, seine Desindustrialisierung dank Euro zu vertiefen. Und wie verhält es sich mit den «gemeinsamen Werten und gemeinsamen Verantwortlichkeiten», wie es in der «Hague Declaration» so schön heisst? Wie steht es um die «strikte Einhaltung des Völkerrechts»? Wie war das doch damals in Serbien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Mali? Gab es für jene Interventionen tatsächlich mehr als lediglich eine nominelle Legitimation? Man kann sich auch fragen, was die zwei EU-Funktionäre in einer Runde von Staats- und Regierungschefs zu suchen haben. Wollen sie damit den Beginn der Eigenstaatlichkeit der Europäischen Union markieren? Weshalb fehlt dann aber das dafür notwendige militärische Element, die Nato, am Tisch? Übrigens: Wenn noch jemand fehlt, dann ist es Mme. Lagarde vom IMF, denn über die wichtige Rolle des Währungsfonds zur Stabilisierung der Ukraine lässt sich die Haager Deklaration ausführlich aus. Aber oh je: Mitglied des IMF ist unter anderem auch – Russland. Wo ist übrigens China? Punkto BIP heute global immerhin an zweiter Stelle, und auch sonst mittlerweile nicht ganz unmächtig. Was weiter auffällt: Alle Tafelfreunde sind *finanziell angeschlagen*, inklusive Deutschland, dessen Verschuldung sich bekanntlich trotz in Aussicht stehendem Budgetausgleich auf über 80 Prozent des BIP beläuft. Wenig besser die USA mit 106 Prozent, dann aber Italien (132) und Japan (244). So gesehen müsste die Runde statt G7 eher D7 heissen, wobei D für «Debtornations» stehen würde.

Wie auch immer: Das Bild ist deshalb relevant, weil es schlaglichtartig aufzeigt, dass diese Gruppierung kaum geeignet ist, die «Weltgemeinschaft», so es denn eine überhaupt gibt, zu repräsentieren, und sie aufgrund spezifischer eigener Fragwürdigkeiten in Postur oder Verhalten auch nicht unbedingt berechtigt wäre, das zweifellos problematische Vorgehen Putins zu verurteilen. Das Bild kündigt insofern eine Wende an, als es zum Ausdruck bringt, dass die «Weltgemeinschaft» als eine durch Macht, wirtschaftliche Potenz, aber auch rechtsstaatliche und demokratische Tatbeweise untermauerte Wertegemeinschaft eine zwar nette, aber insgesamt doch ziemlich illusionäre und letztlich leere Idee war.

## KAPITEL 2

### Globale Probleme – partikuläre Interessen

Solches zu behaupten, ist allerdings heikel, dessen sind wir uns bewusst. Denn die Idee der Existenz einer Weltgemeinschaft im Sinne einer Wertegemeinschaft wurde über die letzten Jahrzehnte zu einer Art Ersatzreligion erhoben. Wer gegen Religionen, insbesondere gegen Ersatzreligionen, antritt, lebt gefährlich. Ketzerei endete früher auf dem Scheiterhaufen. Wie nahe wir im Zusammenhang mit der «Weltgemeinschaft» an diesem Punkt stehen, mag das Beispiel

des Widerstands gegen die Vergabe des Henrik Ibsen-Preises an Peter Handke belegen. Dem österreichischen Schriftsteller Handke, zweifellos einem Meister des Wortes, der Epik und der Poesie, aber auch einem Exzentriker punkto politischer Ansichten, sollte der durch eine wohlbesetzte Jury zugesprochene, hochdotierte Preis abgesprochen werden, da er bei seinen Äusserungen zu Serbien *Verrat an der Weltgemeinschaft* verübt habe. So jedenfalls will es ein Komitee von Norwegern, die Handke bei dieser Gelegenheit auch gleich noch mit Knut Hamsun, dem norwegischen Nationaldichter und Nazi-Sympathisanten, gleichsetzten. Nun muss man selbstverständlich sehen, dass die Norweger nebst Knut Hamsun unter einem Mangel an schriftstellerischen Grössen leiden, etwa vergleichbar mit einer Situation, wenn die Schweiz ausser dem Frontisten Jakob Schaffner keinen Dürrenmatt und keinen Max Frisch gehabt hätte. Der Drang zu politischer Korrektheit hat bei einer solchen Ausgangslage ein anderes Momentum als anderswo. Dennoch, «Verrat an der Weltgemeinschaft» muss aufhorchen lassen. Denn er impliziert, dass es so etwas wie eine korrekte Sicht der Dinge gibt beziehungsweise eine Instanz geben muss, die eine solche korrekte Sicht der Dinge definiert und gegebenenfalls Sanktionen gegen Verstösse erlassen kann. Wir haben den Eindruck, dieser Glaube an eine *Metaphysik im Politischen*, also jenseits gewöhnlicher Interessen und gewöhnlicher Machtansprüche, beherrsche nicht nur das Denken besagter Norweger, sondern komme in vielen Äusserungen des medialen Mainstreams und in einer weitgehend fehlenden Skepsis jenen Institutionen und Personen gegenüber zum Ausdruck, welche diese metaphysische Position zu vertreten vorgeben. Zum Beispiel die Gruppe der G7, arrondiert durch die zwei EU-Funktionäre.

Worauf basiert diese Ersatzreligion der Weltgemeinschaft? Auf dem geschichtlichen Umstand, dass es nach 1989 keine Pole mehr gab und die Welt zu einer von den USA geleiteten, überwachten und dann und wann korrigierten scheinbaren Einheit zusammenschmolz? Auf dem für einige Zeit beinahe alle Kräfte der Erde einigenden Willen, dem internationalen Terrorismus beizukommen? Auf der Einsicht, dass die Umweltverschmutzung ein globales Externalitätenproblem darstellt und folglich global-gemeinsam anzugehen ist? Auf der angeblichen Notwendigkeit, das globale Finanzsystem vor dem angeblich bevorstehenden Untergang retten zu müssen? Oder auch lediglich auf der Tatsache, dass sozusagen alle mit verbliebener militärischer Macht versehenen globalen Players finanziell angeschlagen sind und somit eine kartellistische Übereinstimmung gleichgerichteter Interessen vorliegt, die man mit Vorteil mit einem von Weltethos geprägten moralischen Anspruch kaschiert?

Wir meinen: Das und möglicherweise noch viel mehr hat zur Entstehung der Ersatzreligion Weltgemeinschaft beigetragen, aber es ist nicht hinreichend. Für eine Religion braucht es auch noch ein Bild, einen Götzen. Es gibt ihn. Seit 1968 existiert das phantastisch schöne Bild des «Blauen Planeten» Erde. Bis dahin gab es lediglich Modelle der Erde: Globen, Landkarten, Beschreibungen. Aber eine analoge Aufnahme fehlte.

Die mit der Apollo 8 zum Mond gereisten amerikanischen Astronauten brachten sie mit. Das Bild prägte sich in das Selbstverständnis der Menschen ein und begann, einen neuen Zeitgeist zu bilden. Die Welt als überschaubare und damit auch führbare Entität, die Welt als gemeinsamer Verantwortungsbereich (und mithin «Bewahrung der Schöpfung» als neues Glaubensgebot), die Welt als Wirtschaftssubjekt, die Welt als gemeinschaftliches Kulturprojekt. Und so weiter.

Was ja einerseits so falsch gar nicht ist. Wer wollte denn die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastikmüll von irgendwoher, die Verunreinigung der Luft durch Russpartikel aus nicht kontrollierten Hochkaminen (einem allgemein akzeptierten Mittel zur Externalisierung von Kosten), die problematische Zunahme des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Zusammensetzung der Erdatmosphäre leugnen? Und wer wollte verneinen, dass es einen internationalen Terrorismus, dass es Länder mit obskuren Zielen, dass es eine den Welthandel gefährdende Piraterie in verschiedenen Weltmeeren gibt? Das Bild stimmt: Es gibt den wunderschönen, aber auch recht fragilen Blauen Planeten. Und es gäbe jenes übergeordnete Interesse, dieser Fragilität Rechnung zu tragen.

Der gemeinschaftlich begangene Denkfehler liegt in der Fehlannahme, dass es deswegen auch eine oder mehrere Instanzen geben müsse, welche sich bedingungslos in den Dienst solch übergeordneter Interessen stellen. Ob sie Uno, IMF, Weltbank, Europäische Union, Europäische Zentralbank oder wie auch immer heissen, ihnen allen haftet etwas Feierlich-Übergeordnetes, eben Pseudoreligiöses an. Sie existieren und funktionieren mit der *Fiktion des übergeordneten Interesses*. Dass sie mehrheitlich von Menschen geführt und betrieben werden, die weitestgehend partikulär ticken, und dass sie zur Wahrnehmung von Machtansprüchen dann und wann auch einmal missbraucht werden können – derlei Skepsis ist unerwünscht, wird ausgeblendet oder als ketzerisch verfehlt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Kritik richtet sich nicht gegen die genannten Organisationen per se, im Gegenteil. Denn die Welt braucht zu ihrem Funktionieren Plattformen des Austauschs und der auf Gegenseitigkeit beruhenden Verbindlichkeit. Die zum Ausdruck gebrachte Kritik richtet sich lediglich gegen die aus unserer Sicht ziemlich naive Vermutung, nebst dem Bild des Blauen Planeten Erde gäbe es auch noch eine oder mehrere gottgleiche Gestalten oder Instanzen, welche etwas anderes als ihre ureigensten, am nächsten liegenden Interessen verträten. Und insofern ist das eingangs geschilderte Bild der Tafelrunde der «führenden Industrienationen», oder was immer sie dann tatsächlich sind, ein ganz gewöhnliches Gruppenfoto gewöhnlicher Vertreter partikulärer Interessen. Nicht mehr und nicht weniger.

## Ungeschminkte Interessenwahrnehmung

Worin liegt nun die historische «Leistung» der Tat Putins? Und was macht die Welt von danach anders als von zuvor? Nun, und das wollen wir nicht ganz verhehlen, ein gewisses Mass an Achtung darf man aus der Sicht früher einmal erlernter generalstäblicher Techniken für die unglaublich reibungslose Operation Krim schon hegen. Sie verlief, inklusive Volksbefragung, sehr rasch, schaffte unzweideutige Machtverhältnisse und kam, nicht zu vergessen, fast ohne Blutvergiessen an ihr Ziel. Wir wissen aus der Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte um militärisches Eingreifen anderer Mächte mit wesentlich blutigerem Verlauf und ohne, dass bis heute ein Ende absehbar wäre. Davon abgesehen ist das Vorgehen aber selbstverständlich unannehmbar und, gerade aus Sicht eines ziemlich machtlosen Kleinstaates wie der Schweiz, auch durch und durch bedrohlich, genauso wie es die vorgängigen Avancen des Westens gegenüber der Ukraine und die gewiss auch von aussen getriebene Destabilisierung der Regierung Janukowitsch ebenfalls waren.

Nein, der Beitrag Putins zur Weltgeschichte ist ein anderer. Er hat als erster explizit die Fiktion der «Weltgemeinschaft» zerstört, und das wiederum war höchste Zeit. Die Annexion der Krim ist ein völlig kaltblütig vorgenommener Akt gewöhnlicher nationaler Interessenwahrnehmung. Putin gab sich nicht einmal die Mühe, dies zu kaschieren, sondern vollzog seine Absicht rasch, kompromisslos, ruchlos. In seiner Ansprache vom 18. März 2014 finden sich praktisch nur patriotische und historisierende Vorstellungen, wenn wir von den pseudodemokratischen Argumenten der Volksbefragung auf der Krim einmal absehen. Sein seitheriges Verhalten ist von derselben, völlig selbstverständlichen nationalen Interessenwahrnehmung gekennzeichnet: Bewahrung der Handlungsfreiheit, Aufrechterhaltung des Momentums, sorgfältiges Beachten der eigenen Risikosituation.

Ist das als «Rückfall in das nationalistische Zeitalter» zu werten? Auf den ersten Blick: selbstverständlich ja. So verliefen in der Geschichte die meisten Arrondierungen des Staatsgebiets. Und häufig waren solche Aktionen auch Anlass für nachfolgende Kriege. Auf den zweiten Blick ergibt sich eine etwas differenziertere Beurteilung. Man kann nämlich den brutalen expliziten Schritt Putins auch als Reaktion auf die vielen *impliziten, inkrementellen Expansionschritte* des aus angeblich übergeordneter Moral operierenden Westens gegenüber Russland sehen. Nach 1989 frass sich die Nato förmlich in die ehemalige Sowjetunion hinein. Anstatt mit der Ukraine einen «Cordon Sanitaire», eine Pufferzone zwischen den Blöcken, anzustreben, wagte man sich in verschiedenen Avancen bis auf 300 km an Stalingrad heran. Putin hat diesem impliziten Inkrementalismus des Westens ein Ende gesetzt und damit einige Gesetzmässigkeiten, wie sie die Geschichte seit je kennzeichneten, wieder hergestellt.

Das, gewiss jedoch nicht der Annexionsakt als solcher, ist unseres Erachtens positiv zu werten. Interessanterweise insbesondere für das internationale Kapital. Das muss selbstverständlich begründet werden.

## Eine einzige, relevante Macht

Zunächst eine definitorische Vorbemerkung. Wir sprachen vorhin von «Weltgemeinschaft» und «Wertegemeinschaft» und legten unsere Skepsis sowohl bezüglich ihrer effektiven Existenz als auch bezüglich ihres moralischen Anspruchs dar. Im folgenden wollen wir dieses normative begriffliche Territorium verlassen und ohne irgendwelche Wertung von einem «monistischen» beziehungsweise von einem «pluralistischen Weltsystem» sprechen. Der Unterschied besteht darin, dass ein monistisches Weltsystem grundsätzlich ohne pseudometaphysischen Überbau auskommen kann (es sei denn, es nehme einen solchen für eigene Propagandazwecke in Anspruch), sondern sich einfach aus der Nichtexistenz verschiedener Machtzentren ergibt. In der Weltgeschichte gab es verschiedene Phasen des so definierten Monismus, der sich jedoch damals vor allem auch durch die nur schwer überwindbaren Distanzen zwischen verschiedenen, auf dem weitgehend noch unerschlossenen Globus durchaus nebeneinander und gleichzeitig existierenden Machtzentren begründete. So florierten zur Zeit des (im Mittelmeerraum als monistisch zu bezeichnenden) römischen Reichs sowohl das Kaiserreich der Han-Dynastie in China als auch das Reich der Maya auf dem amerikanischen Kontinent. Erst in der Neuzeit wurde ein umfassender, global wirksamer Monismus im Sinne einer «Weltregierung» überhaupt denkbar.

Welches sind die Gründe, weshalb es überhaupt zu einer Konzentration der Macht auf ein einziges Zentrum kommen kann? Gewiss sind es zunächst einmal die *Skaleneffekte*, welche im militärischen Bereich besonders deutlich zum Tragen kommen. Das galt für die einheitlich ausgerüsteten, nach einheitlicher Doktrin geführten römischen Legionen, es galt eine Weile für die britische Kriegs- und Handelsflotte, in bestimmten Bereichen gilt es heute ganz besonders: So gibt es Waffensysteme, vorab im Weltraum und im virtuellen Bereich, die für kleinere «Mitbewerber» schlicht unerreichbar sind, finanziell und technologisch. Der Monismus hat aber auch Vorteile im Bereich der Wirtschaft, weil mehr oder weniger einheitliche Rahmenbedingungen die Informations- und Transaktionskosten reduzieren und so die Investitionssicherheit, aber auch den Austausch begünstigen. Schliesslich gibt es auch Phasen in der technologischen Entwicklung, die eher für eine grossangelegte, kollektive Erledigung der Aufgaben sprechen als für eine dezentrale. So waren die Bewässerungssysteme in Mesopotamien und in Ägypten bestimmt reichsfördernd, genauso wie die römischen Strassen und Aquädukte oder die Autobahnen im Deutschen Reich der Dreissigerjahre bezie-

hungsweise während dem New Deal in Roosevelts Amerika. Der grosse Preis monistischer Systeme liegt in der *Nichtbeherrschung* ihrer *inneren Organisation*. Sie neigen zu Strukturkonservatismus zugunsten einer herrschenden Schicht, die ihrerseits von Investition, Produktivität und Tausch zur Konfiskation übergeht. Monistische Systeme implodieren deshalb irgendwann und werden von Diadochenreichen «beerbte», oder sie geraten aus äusseren Gründen unter Druck und wandeln sich zu effizienteren, kleineren Entitäten. So zum Beispiel das oströmische Reich nach der Trennung von Rom.

Nun kann man die These vertreten, in der jüngsten Weltgeschichte hätte sich unter der Führung der USA auf dem Globus so etwas wie ein monistisches System etabliert, und zwar vermutlich nicht erst nach der Implosion der Sowjetunion, sondern schon zuvor. Dies zumindest im Bereich der Wirtschaft und des Finanzsystems, denn dort gab es nie eine eigentliche Bipolarität – der Ostblock inklusive China war, weltwirtschaftlich gesehen, ja schlicht irrelevant. IMF, Weltbank, OECD: Sie alle sind Zeugen und Elemente des durch diese Irrelevanz geförderten Monismus. Militärisch hielt der Machtpluralismus länger an, und man könnte natürlich argumentieren, dass die Existenz russischer und chinesischer Atomwaffen diesen Pluralismus über das Ende des Ostblocks hinübergetragen habe. Indessen ist die Existenz einer Waffe, die vernünftigerweise nie zum Einsatz gelangt, von fraglicher Bedeutung. Insgesamt ist es unseres Erachtens nicht falsch, die vergangenen 25 Jahre der Weltgeschichte als Kulmination der amerikanischen Vorherrschaft, auch und gerade im militärischen Bereich, zu sehen. Es gab innerhalb dieses Zeitraums keine nennenswerte Operation, bei der die USA nicht in irgendeiner Weise involviert gewesen wären, sei es zuvorderst an der Front, sei es im Hintergrund mittels Informations- und Logistiksystemen.

Wie auch immer man das im Detail beurteilen mag, für uns steht fest, dass die Art, wie die Welt bisher organisiert war, sehr deutliche Züge eines monistischen Systems im Sinne der obigen Definition angenommen hatte. Mit allen Charakteristiken, die eben mit solchen Systemen verbunden sind. Dazu gehören gewiss die Vorteile, die sich aus einheitlichen Regelungen ergeben, etwa im Bereich des internationalen Handels (WTO), im Bereich der Rechtsvereinheitlichung – wobei die faktische Überhandnahme angelsächsischen Rechts bezüglich der Reduktion von Informations- und Transaktionskosten aus unserer Sicht von fragwürdigem Wert ist – oder im Währungsbereich, wo der US Dollar im Verlauf der letzten 50 Jahre sämtliche anderen Währungen verdrängt hat. Eine einzige Welt handelswährung, viele Währungen wesentlicher Länder durch mehr oder weniger fixen Wechselkursen («Peg») und andere Mechanismen daran angekoppelt: Das hat selbstverständlich auch Vorteile für eine sich globalisierende Welt.

Auch in anderen Bereichen sind vergleichbare Vorteile des monistischen Weltsystems indiskutabel. So wird die Sicherheit der Weltmeere, ähnlich wie das in der Antike durch Rom im Mittelmeer erfolgte, im

wesentlichen durch eine einzige Instanz, nämlich die USA, gewährleistet. Auch der internationale Luftraum ist weitestgehend «amerikanisch», angefangen von den Standards für die Sicherheit von Flugzeugen bis hin zu den der ganzen Welt auferlegten Massnahmen gegen den internationalen Terrorismus. Und selbst der «virtuelle Raum», soweit man ihn überhaupt überblicken kann, ist weitestgehend ein amerikanischer. Regeln, Standards, Betrieb und Kontrolle stehen im wesentlichen im Machtbereich der Amerikaner. Seit Edward Snowden wissen wir, dass sie das Thema Kontrolle in diesem Bereich enorm ernstnehmen.

## KAPITEL 5

### Aber pleite

Den beschriebenen Vorteilen stehen indessen, etwas versteckter zwar, auch Nachteile gegenüber. Weiter oben haben wir gesagt, dass monistische Systeme dazu tendieren, an ihrer inneren Organisation zu scheitern. Und da kommt nun wieder unser famoses Gruppenbild der von der FAZ so treuherzig bezeichneten «Führer der wichtigsten Industrienationen» ins Spiel. Zunächst: Wirklich wichtig und führend ist, wenn unsere These des monistischen Weltsystems zutrifft, auf jenem Bild nur eine Figur, nämlich Barack Obama. Der Rest ist geduldete Garnitur, oder es sind willkommene bis bestenfalls notwendige Zuhörer. Aber eben: Alle Repräsentanten auf dem Bild, wie wichtig sie nun tatsächlich oder auch nur vermeintlich sein mögen, inklusive die unumstritten wichtigste Figur, sind aufgrund des Zustands ihrer jeweiligen inneren Organisation angeschlagen. Von Scheitern wollen wir (noch) nicht sprechen. Die Koinzidenz, dass das monistische Weltsystem ausschliesslich von Kräften beherrscht (bzw. garniert) wird, die finanziell, zum Teil auch wirtschaftlich, zum Teil auch in Bezug auf ihre politische Akzeptanz zuhause in höchstem Masse labil sind, ist nicht zufällig, sondern liegt in den Gesetzmässigkeiten des Verhaltens monistischer Systeme begründet.

Die finanzielle und wirtschaftliche Labilität ergibt sich aus der Problematik, dass ihre innere Organisation *zu teuer* beziehungsweise im Ergebnis *zu wenig produktiv* ist. So kämpfen sie alle mit der politökonomisch ohne weiteres erklärbaren Asymmetrie zwischen Anspruchsgruppen und Nettozahlern im Umverteilungsstaat. Dies mit dem Resultat, dass die produktiven Kräfte in der Gesellschaft laufend «bestraft» und finanziell geschwächt werden und dass seitens des Staates im wesentlichen zu viel Geld in wenig produktive Bereiche gesteckt wird. Selbstverständlich gibt es in dieser Hinsicht markante Unterschiede zwischen, sagen wir, Frankreich und Deutschland. Aber sie sind nicht grundsätzlicher, sondern lediglich gradueller Natur. Der sozusagen in alle Richtungen umverteilende Staat generiert eine grosse Zahl von Anspruchs«berechtigten», die ein grosses Interesse daran haben, dass die so entstandene Struktur aufrechterhalten bleibt oder sogar noch ausgebaut wird: Kulturschaffende, Anwälte,

Revisoren – sie, aber nicht nur sie, sondern letztlich ganz viele, die indirekt am Tropf der angeblichen Wohlfahrtsmaschine hängen, wären die letzten, die das System in Frage stellen würden. Sie bilden ein politisch ziemlich verlässliches, wenngleich anzahlmässig doch als oligarchisch zu bezeichnendes Netzwerk. Mangelnde Produktivität bei gleichzeitig expandierenden Ansprüchen: Das führt zu dem, was wir weiter oben als impliziten Inkrementalismus bezeichnet haben. Er wirkt sowohl im innern der jeweiligen Gesellschaft als auch exogen.

Die *Achillesferse* der so gearteten inneren Organisation ist zweifelsohne deren *Finanzierung*. Auf die Länge fällt es selbst in monistischen Systemen schwer, mehr auszugeben als einzunehmen. Die Möglichkeit, Steuern zu erhöhen, ist zwar je nach Land unterschiedlich, insgesamt aber doch begrenzt. Selbst Präsident Hollande konnte seine ursprünglich in Aussicht gestellte Besteuerung der Bestverdienenden zu einem Steuersatz von 75 Prozent nicht einführen. Zu hohe Steuern greifen am Ende eben auch das «als oligarchisch zu bezeichnende Netzwerk» an, lähmen die Wirtschaft und können deshalb politisch gefährlich werden. Im Bereich der fiskalischen Eintreibung von Finanzen ergeben sich für die Glieder monistischer Systeme zwei Auswege, nämlich die unkonventionelle, oft recht willkürliche Strafbesteuerung sowie der Versuch, ausserhalb des eigenen Machtbereichs Steuersubstrat zu erschliessen. Beide Besteuerungsarten haben über die letzten 25 Jahre stark zugenommen und entsprechen im Fiskalischen dem weiter oben beschriebenen impliziten Inkrementalismus.

Der erste Ausweg des Fiskus betrifft vor allem Unternehmungen. Das immer dichter werdende Geflecht von Regulationen und Vorschriften bringt es mit sich, dass das Risiko, diese zu übertreten, entsprechend ansteigt. Mittels Kriminalisierung von Sachverhalten, deren Erledigung oder Begleichung normalerweise eigentlich auch zwischen privaten Parteien erfolgen könnte, erschliesst sich der Staat eine neue Einnahmequelle. So hat die Zahl von Bussen für Unternehmungen vorab in den USA, nun aber zunehmend auch in der Europäischen Union, über die letzten Jahre dramatisch zugenommen. Systemimmanent ist mit dieser Zunahme auch das «als oligarchisch zu bezeichnende Netzwerk» von Anwälten, Revisoren und Beratern gewachsen. Typischerweise wird diese Form der Besteuerung mit einer der Metaphysik des Politischen zuzuordnenden Moralität untermauert. Die *Verfemung von Führungskräften* in der Wirtschaft und namentlich von Banken gehört zu diesem Plot unkonventioneller Besteuerung.

Über den zweiten Ausweg, die Suche nach Steuersubstrat ausserhalb des eigenen Territoriums, wollen wir uns hier nicht weiter auslassen. Klar scheint uns aber, dass der monistisch untermauerte fiskalische Machtanspruch weder Halt macht vor Besitztümern eigener Landsleute im Ausland noch vor deren Einkommen, auch nicht vor der Besteuerung von im Inland domizilierten internationalen Unternehmungen, sondern als logisches Ziel eine umfassende *globale Abgabewirtschaft* im Auge haben muss. Dass in diesem

Bereich dann selbst im monistischen System die Partikularinteressen heftig zu kollidieren und das System von innen heraus zu gefährden beginnen, sei nur am Rande bemerkt. Nicht umsonst bemüht sich die OECD um eine übergeordnete Regelung der Unternehmensbesteuerung. Manchmal geht es auch ohne solche überstaatliche Einigung: So wurde Fatca durch die USA dem Rest der Welt einseitig auferlegt; von Reziprozität kann keine Rede sein. *Quod licet Iovi, non licet bovi*.

## KAPITEL 6

### Kapital ohne Macht

Bleibt zur Schliessung der Finanzierungslücken der Kapitalmarkt. Über ihn kann man Schuldscheine verkaufen. Dafür werden im Gegenzug Zins und Aussicht auf Rückzahlung erwartet. Unter echten Marktverhältnissen würde sich die Höhe der Zinsen unter anderem nach der Bemessung der Rückzahlungswahrscheinlichkeit richten. Sie wäre, insbesondere unter den gegebenen finanziellen Verhältnissen, ganz gewiss nicht nahe bei null. Das monistische System mit der Koinzidenz der immens hohen Verschuldung bringt es nun aber mit sich, dass keine echten Marktverhältnisse vorliegen, sondern über die – ebenfalls in das monistische System eingebundenen – Notenbanken dafür gesorgt wird, dass nicht nur die Zinsen enorm tiefgehalten werden, sondern dass mittels eines gigantischen Zahlungsverprechens dafür gesorgt wird, den Kapitalmarkt als Käufer von Staatsanleihen jederzeit potentiell zu substituieren. Man nennt dies «Quantitative Easing» und hat es bisher einmal grossflächig zum Einsatz gebracht. Aufgrund dieses erstmaligen Einsatzes entfacht es aber eine weit darüber hinausgehende antizipatorische Wirkung, nämlich, dass solches jederzeit wieder der Fall sein könnte, falls dies «notwendig» (was immer das heisst) würde. Aufgrund dieses *antizipatorischen Effekts* wird der Kapitalmarkt nachhaltig *verzerrt* bleiben und das Kapital zu wenig entschädigt werden.

Möglich ist solches nur durch die Kombination des monistischen Machtsystems mit dem Monopol seiner Notenbanken. Wir kommen immer mehr zum Schluss, dass die immer wieder und viel zu oft auftretenden Probleme im Finanzsystem letztlich auf diese doppelte Monopolsituation zurückzuführen sind. Das Kapital kann seine «Macht» seinerseits nicht entfalten, weil ihm letztlich die Wahlmöglichkeiten entzogen sind. Damit entfallen der Informationswert und der disziplinierende Effekt des Kapitalmarkts, mithin genau das, was die hochverschuldeten Staaten fürchten. Unter dem Titel der Stabilitätserhaltung des Finanzsystems (als Begriff wohl ebenfalls der politischen Metaphysik zuzurechnen) wird ein riesiges Garantiekonglomerat zur Finanzierung der notleidenden Staatshaushalte betrieben. Zum Konglomerat gehören die Notenbanken (auch die Schweizerische Nationalbank), die Weltbank, der IMF, Agenturen wie die OECD und einzelne, etwas solider erscheinende Länder wie Deutschland

oder die unermesslich grossen USA. Und alle spielen brav ihre Rolle. So zum Beispiel wieder jüngst Mme. Lagarde, als sie vor «Deflationstendenzen» in der Euro-Zone warnte und damit eine konsequente Weiterführung der Tiefstzinspolitik empfahl. Das wahre Ziel, nämlich die Weiterführung der komfortablen Finanzierung der Staaten durch einen dysfunktionalen Kapitalmarkt, wurde indessen selbstverständlich verschwiegen.

Kapital hat es in einem monistischen System schwer. Es kann gar nicht richtig – im ökonomischen Sinne – funktionieren. Ein Beispiel: Sobald es auf der Welt wieder einmal ein wenig brennt, erfolgt nicht die eigentlich sachlogische Reaktion, nämlich eine möglichst weitgehende Verteilung der Risiken auf verschiedene Währungen in verschiedenen Weltregionen und auf verschiedene Schuldnerkategorien, sondern das Gegenteil: die Konzentration der Mittel in der Währung und in Schuldscheinen des Machtzentrums, das heisst in US Dollars und in US Treasuries.

Noch problematischer und grundsätzlicher ist jedoch der implizite Enteignungseffekt, den das monistische System bewirkt: So muss auf risikoadäquate Entschädigungen im Bereich von Staatsanleihen weitestgehend verzichtet werden. Die einzige einigermaßen vernünftige Alternative im festverzinslichen Bereich stellen Unternehmensanleihen dar. Mittlerweile ist zuhauf sicherheitsorientiertes Kapital in den risikobehafteten Aktienmarkt geflossen, um vom Cash Flow sogenannter Dividendenperlen Gebrauch zu machen. Darin besteht der Preis für die Verzerrung der Währungs- und Kapitalmärkte durch die Kombination monistischer Macht und geldpolitischem Monopol: im teilweisen oder völligen Ausbleiben der Entschädigung für eingegangenes Risiko beziehungsweise im fast zwangsläufigen Eingehen viel zu hoher Risiken, um noch zu ein wenig Rendite zu gelangen. Accident to happen. So also höhlt diese Konstellation, die man in Fachkreisen heute auch «Financial Repression» nennt, die Ertragslage des Kapitalgebers, mithin des Sparer und des Destinatärs von Pensionskassengeldern aus.

*Financial Repression als Monopolproblematik:* Diese mikroökonomische Interpretation eines makroökonomischen Phänomens haben wir bisher in der gängigen Literatur noch nicht entdeckt. Sie müsste analytisch gewiss vertieft werden. Wir begnügen uns im vorliegenden Kommentar vorerst einmal mit dem Aufstellen der entsprechenden These und wenden uns wieder dem weltpolitischen Aspekt zu.

## KAPITEL 7

### Die Zukunft: regionale Verknötung

Zu Beginn dieser *bergsicht* haben wir, süffisant genug, auf die Inkonsistenz und den Anachronismus der Tischrunde mit den «Führern der wichtigsten Industrienationen» hingewiesen und insbesondere deren moralischen Anspruch in Frage gestellt. Daraufhin haben wir eine kleine Theorie über monistische Machtssysteme hergeleitet und kamen zum Schluss, dass die

Welt bisher durchaus durch monistischen Charakter gekennzeichnet war. Und, dass die Macht eben just in der Hand bestimmter Personen und der von ihnen vertretenen Instanzen gelegen hat, die – unter anderem – auf dem Bild abgelichtet sind. Was stimmt nun: ist das Bild anachronistisch und inkonsistent oder nicht?

Nun, unsere Antwort auf den von uns selber generierten Widerspruch lautet: Ja, es ist anachronistisch und inkonsistent. Wegen Putin. Denn mit seinem Vorgehen in Sachen Ukraine und Krim hat zum ersten Mal seit Ende des Kalten Kriegs jemand mit Gewicht den monistischen Machtanspruch ernsthaft negiert. Nicht einfach in Frage gestellt oder angegriffen, sondern negiert. Und die Gegenseite konnte, von ein paar bedeutungsarmen Sanktionen abgesehen, darauf nicht reagieren. Nichts von «schwarzen Listen», wie man sie der Schweiz schon mehrfach angedroht hat. Nichts von einem Verzicht Europas auf russisches Gas. Nichts von einer Blockade der Dardanellen. Nichts von einer Stationierung von Nato-Truppen an der ostukrainischen Grenze, wie das die frühere Familien- und nun Verteidigungsministerin Deutschlands, Ursula von der Leyen, gefordert hat. Die Neue Zürcher Zeitung nannte dies die «westliche Besonnenheit». Wir haben eher den Eindruck, dass das die Weltgemeinschaft angeblich repräsentierende monistische System zum ersten Mal «versagte».

Weshalb? Weil Putins Tat einen weiteren, aber sehr gut sichtbaren Mosaikstein im Bild darstellt, wie sich die Welt neu zu formieren anschickt. Vor zwei Monaten machten wir in *bergsicht* Ausgabe 5 (Re-Nationalisierung der Welt?) auf nationalistische Elemente in der vom japanischen Ministerpräsidenten Abe gewählten, neuen Wirtschaftspolitik aufmerksam und wiesen auf die sehr namhaften Investitionen im Rüstungsbereich hin. In der Zwischenzeit haben wir weiteres Material zum Thema der Re-Nationalisierung gesammelt, so unter anderem zu den weltpolitischen Vorstellungen der chinesischen Regierung. Auch hier kommt deutlich zum Ausdruck, dass es in Richtung Hegemonie geht. Das Aufeinanderprallen der Vorstellungen der alten Welt mit den hegemonialen Ideen der Neulinge ist vorprogrammiert, geschrieben wir damals. Dass eine solche Entwicklung aber so rasch konkret würde, lag dann aber doch ausserhalb unseres Vorstellungsvermögens. Nun, hier sind wir angelangt. Und es gilt jetzt, sich die «Welt danach», nach Beendigung des westlichen Monismus, vorzustellen.

Zunächst: Droht wegen der Ukraine ein offener Konflikt zwischen dem Westen und den Russen? Wir meinen: eher nicht. Der Preis dafür wäre auf beiden Seiten zu hoch, die Ukraine im Verhältnis dazu insgesamt doch zu wenig wichtig. Das stimmt, solange Vernunft und Kalkül regieren. Unfälle im Sinne von Kurzschlussreaktionen sind aber selbstverständlich nie ganz auszuschliessen, selbst bei einem KGB-gestählten Schachspieler oder bei den «Führern der wichtigsten Industrienationen» nicht.

Aus unserer Sicht ist es darüber hinaus ziemlich *unwahrscheinlich*, dass die Welt sozusagen *zerfällt*, ja, dass wieder regelrechte Mauern und Grenzzäune aufgerichtet werden. Auch die Vorteile von allgemein gül-

tigen Regeln und Usancen sind allzu offenkundig, auch die Vorteile des globalen Tauschs und des freien Kapitalverkehrs sind allzu unbestritten. Wird die Re-Nationalisierung die transnationalen Organisationen und Abkommen wieder verdrängen? Rein zwischenstaatliche Lösungen, in welchen durch ein kombinatorisch riesiges Geflecht von bilateralen Freihandels-, Dienstleistungs- und Doppelbesteuerungsabkommen die Austauschverhältnisse geregelt werden, wären schwer vorstellbar, weil ungeheuer aufwendig. Vielmehr gehen wir davon aus, dass es zu einer Art *weltregionaler* «Hubs», zu einem System von Netzknoten, kommt, in denen Regeln festgelegt bzw. spezifiziert werden und deren Teilnehmer sich zu einer Art von Binnenmärkten zusammenschliessen. Die Herausforderung auf der übergeordneten Ebene, beispielsweise der WTO, wird es sein, zu verhindern, dass diese «Hubs» zu protektionistischen Fallen werden.

Der Charme einer solchen Regionalisierung der Welt wird im Ende des monistischen Systems liegen. Was bisher weitgehend unmöglich war, nämlich ein Wettbewerb der Systeme – deshalb ja die Koinzidenz der Höchstverschuldung unter den «wichtigsten Industrienationen» – wird auf diese Weise nicht nur möglich, sondern in hohem Masse wahrscheinlich. Zu dieser Regionalisierung gehören autonome Währungen mit autonomen Zahlungssystemen. (Es ist davon auszugehen, dass sich Putin bewusst ist, wie verletzlich die in US Dollar erbrachten Zahlungsströme für Rohstofflieferungen sind, auch wenn sie über die neutrale Schweiz laufen. Dies nur nebenbei bemerkt.) Kapital wird wieder seine «Macht» entfalten können, indem es sich wirkungsvoll an einen Ort entziehen kann, um an besserem Ort zur Verfügung zu stehen.

## KAPITEL 8

### Strategische Arbeit ist angesagt

Solches stimmt optimistisch. Um ehrlich zu sein: Bis vor ziemlich kurzer Zeit sahen wir bezüglich der Aussichten, wie sich das Finanzsystem der Welt aus der Umklammerung der klammen Schuldernationen wird befreien können, eher schwarz. Denn es fehlte uns zur Bereinigung der misslichen Situation der aus unserer Sicht einzig wirksame Druck auf politische Systeme, sich zu verändern: das *Kapital als knappes Gut*. Ein Wettbewerb unter regionalen Hubs und einer Anzahl valabler Weltwährungen wird die Situation rasch verändern und verbessern. Denn die Aussicht auf Systemwettbewerb wird antizipatorisch wirken und die Rückkehr zu «normalen» makroökonomischen Verhältnissen beschleunigen. Soviel zur Makroökonomie.

Was die Mikroökonomie der Unternehmungen betrifft, so fragen wir uns, ob die sozusagen bis ins letzte durchorganisierte multinationale Unternehmung ohne jegliche Redundanzen in den Regionen das Ende des monistischen Weltsystems überdauern wird. Gewiss, die Strukturierung von Unternehmungen nach Sachbereichen und starken Verkaufsorganisationen in Län-

dern und Regionen hat grosse (Kosten-)Vorteile. Man kann die Dinge dort erforschen, wo die besten Wissenschaftler sind, dort produzieren, wo kostengünstig Fachkräfte zur Verfügung stehen, dort nach Finanzierung suchen, wo die Kapitalmärkte am effizientesten sind, das Management dort schalten und walten lassen, wo seine gesellschaftliche Akzeptanz am höchsten ist. Viele internationale Konzerne sind ungefähr so aufgestellt. In einer von einem monistischen System weitgehend beherrschten, globalisierten Welt ergeben sich sozusagen nur Vorteile.

Die auf den ersten Blick weniger nach Effizienz Gesichtspunkten operierende, netzwerkartig aufgestellte Unternehmung überlässt Verantwortlichkeiten in Sachbereichen wie Forschung und Entwicklung, aber auch in der Produktion, dezentral geführten Einheiten. Sie riskiert dabei, wie gesagt, Doppelgleisigkeiten, hat aber den Vorteil, über Scharniere und Sollbruchstellen zu verfügen, die im Extremfall überlebenswichtig sein können. So sehr beispielsweise ein straffes, zentrales Treasury Geld sparen kann, so sehr kann es auch gefährliche Transferrisiken generieren, welche bei dezentraler Finanzierung sozusagen ausgeschlossen sind. Auch für solchermassen aufgestellte Unternehmungen gibt es Beispiele. Die Logik der Pluralisierung der Welt legt *regionalere Lösungen* für die Unternehmensstrukturen nahe.

Auf noch einem anderen Blatt steht die Frage, wie sich die bisher informell in das monistische System eingebettete, nominell aber nach wie vor unabhängige Alpenrepublik in einer sich regionalisierenden Welt verhalten soll. Für den Moment hat man zur altbewährten Neutralität zurückgefunden. Lange ein Unwort in der gesamten Bundesverwaltung, hat man angesichts des ziemlich heiklen OSZE-Präsidiums den Reiz jener Doktrin wiederentdeckt. Ob diese Rückkehr zu alten Prinzipien das Gebot der Stunde überdauert und wie sich die Sache verhalten würde, wenn die «Führer der wichtigsten Industrienationen» sich doch noch zu ernsthafteren Sanktionen durchringen würden, bleibe dahingestellt. Mittel- und längerfristig besteht die strategische Herausforderung darin, ob man eher darauf setzen will, sich in einen regionalen «Hub» einzubetten – es wäre dann wohl oder übel Europa, denn umziehen können wir mit unserem Land ja nicht – oder ob es einen Weg gäbe, in grösserer Unabhängigkeit das zu bleiben beziehungsweise vermehrt zu werden, was wir schon sind: ein echter Global Player.

KH, 14. APRIL 2014

—  
M1 AG  
Postfach 344, Museumstr.1  
9004 St.Gallen – Schweiz  
Telefon +41 (0) 71 242 16 16  
Telefax +41 (0) 71 242 16 17  
info@m1ag.ch

—  
Abonnieren: [www.bergsicht.ch](http://www.bergsicht.ch)